

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift  
Tageblatt Riesa,  
Fernruf Nr. 20,  
Postfach Nr. 82.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postsekretär:  
Dresden 1530.  
Girokonto:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 113.

Montag, 18. Mai 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife für Bewilligte Rabatt erstlich, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe der Auftragsformulare in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nömann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Fehlrechnung?

Unsere finanzielle Lage wird immer ernster. Das kommt nicht allein aus den amtlichen Mitteilungen über das Defizit und den stets sinkenden Steuerertrag zum Ausdruck, sondern auch aus Nachrichten, die dann und wann auftauchen, vielleicht wenig beachtet werden und zumeist ein schlechtes amtliches Dementi finden. Es muß festgestellt werden, daß Dr. Dietrich selbst die Ueberzeugung hat, so könne es nicht weiter gehen, daß in der Regierung überlegt wird, wie und wo gespart werden kann und daß in der letzten Konsequenz der Eindruck entsteht, daß alles Bemühen doch vergeblich sei. Man erinnert sich in politischen Kreisen der letzten und unbefriedigenden Zulage des Reichsfinanzministers bei den letzten Steuerberatungen, der sogenannten Sanierung, daß damit die Sanierung endgültig sei und keine Gefahr mehr für eine Unterbrechung bestehe. Dr. Dietrich versichert, er habe vorzuziehender die Zukunft schlechter gesehen und eine weitere Rückentwicklung in seinen Voranschlägen einkalkuliert. Aber heute gibt er unumwunden zu, daß er sich verrechnet habe, denn mit einer derartigen Konjunkturverschlechterung habe er niemals rechnen können. Es gab keine Partei, die in die Versicherungen Dr. Dietrichs Zweifel legte, heute geben sie nicht dem Reichsfinanzminister allein die Schuld und tun es, selbst einen Teil der Verantwortung auf sich zu nehmen. Aber das große Vertrauen, dessen sich der Finanzminister rühmen konnte, ist geschwunden, und seine neue Versicherung, das allerletzte Mal müsse er sanieren, wird nicht mehr recht ernst genommen. Man folgt in der Beurteilung der finanziellen Lage dabei den eigenen früheren Angaben des Reichsfinanzministers. Er sagte selbst, die Ausgaben des Reiches lägen unabweisbar fest, es bliebe nur die Möglichkeit, im Rahmen einer Ausgabe von 1 Milliarde zu sparen. Diese Milliarde aber stelle in der Hauptsache Verwaltungskosten dar, bei denen schon erhebliche Abstriche gemacht werden seien. Nun soll aber, da der Beschluß des Reichstags und die Zustimmung des Reichsfinanzministers vorliegt, daß keine neuen Steuern aufgenommen werden, der Fehlbetrag, der für das laufende Jahr optimistisch mit 500 Millionen angenommen, sich aber bedeutend höher belaufen wird, eingepart werden. Wie gesagt, kann die Verwaltung diesen Betrag nicht entbehren, es muß an eine Einsparung dort gedacht werden, wo der Finanzminister feststehende Zahlungen hat, über die man nicht diskutieren durfte. Kein Zweifel, man denkt an einen schweren Eingriff in die Sozialversicherungen. Lassen sich dort aber größere Summen aufbringen, als sie zur Aufrechterhaltung der sozialen Versicherungen erforderlich sind, das ist die Kardinalfrage. Und nach Lage der Versicherungen muß diese Frage mit Nein beantwortet werden. Selbst wenn es eintreten sollte, die Invalidenversicherung und die Knappschaftsversicherung durch die Angestelltenversicherung zu sanieren, wenn es gelingt, die Arbeitslosenversicherung so einzuschränken und die Beiträge so zu erhöhen, daß sie sich ohne Zuschüsse selbst erhält, bringt für die Reichskasse wenig heraus. Ihr Defizit bleibt und wird bedenklicher. Nun behauptet aber dieser Tage eine große Privatversicherung, man täusche sich fortgesetzt über die Lage der Sozialversicherungen. Diese wiehen heute bereits ein Defizit von rund 1 Milliarde auf, die Invalidenversicherung sei gewissermaßen ganz am Ende. Ob es sich hier um eine auf sichere Grundlage ruhende Behauptung handelt oder nicht, sie gibt zu denken. Es ist durchaus möglich, daß bei den Sozialversicherungen eine große Fehlrechnung vorliegen kann und daß man zu revidieren vermag. Zugegeben, die Milliarde Unterbilanz läge vor, so könnte wieder das Reich sie decken, noch könnte überhaupt eine Reform die Versicherungen wieder auf die Beine bringen. Das Gutachten der Brauns-Kommission über die Arbeitslosenversicherung soll ja in den nächsten Tagen herauskommen, vielleicht ist es offen genug, um erkennen zu lassen, ob wir den Blick für die Wahrheit noch besitzen. Es wird indessen, wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, wenig an der Tatsache ändern können, daß wir vergeblich sanieren und wieder sanieren und doch auf keinen grünen Zweig kommen. Jede Rekonstruktion mit den bestehenden Verhältnissen wird zur Fehlrechnung und muß es so lange sein, bis nicht ein völliger Wechsel der Konjunktur eintritt.

## Sindenburg soll bleiben!

### Sübrrettung der Volksnationalen.

Agar- und Siedlungspolitik — Arbeitsdienst-Young-Revolution.

Die Wahlkreisführer der Volksnationalen Reichsvereinigung tagten unter dem Vorsitz des Reichsführers Artur Wabraun am 14. Mai in Berlin. Die von dem starken Schwung neuer Aktivität der Bewegung beherrschte Tagung diente der Besprechung der politischen und organisatorischen Lage und zur Entgegennahme der Berichte der Volksnationalen Reichstags- und Landtagsabgeordneten. In einer Entschließung wurde erklärt:

Volksnationale Reichsvereinigung und Jungdeutscher Orden wirken als jungdeutsche Bewegung eng zusammen in dem Kampfe um die Ersetzung des bestehenden Staatssystems durch einen wahren Volksstaat im Sinne des Jungdeutschen Manifestes.

Die jungdeutsche Bewegung steht zur Zeit in der wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die vorrangigste

## Das Ergebnis der Oldenburger Landtagswahl.

Großer Rechtsfieg. — Wieder große Erfolge der Nationalsozialisten.

Oldenburg i. O., 17. Mai. Die heutigen Landtagswahlen hatten folgendes vorläufige Gesamtergebnis:

	Landtag 1921	Landtag 1928	Reichstag 1930
D. Sp.	5796 (1)	41 113 (5)	18 481
Wegand	5194 (1)	(Rechnet zur Volkspartei)	
SPD.	7 536 (11)	67 005 (15)	66 148
Staatspartei	8 983 (1)	24 711 (5)	18 579
NSDAP.	41 419 (19)	17 457 (3)	76 216
RPD.	19 359 (3)	8 490 (1)	13 988
Wirtschaftspartei	4 525 (—)	11 763 (2)	10 029
Landvolk	5 427 (1)	14 450 (3)	12 756
Chr.-Soz. Volksp.	8 000 (—)	1 343 (—)	3 054
Zentrum	46 295 (9)	39 602 (9)	47 733
D. Sp.	18 529 (2)	— (4)	14 203
Unabhängige	254 (—)	—	—

Die Ziffern in Klammern bezeichnen die Mandate. Bei der Auflösung des Landtages waren die Nationalsozialisten durch 5 Abgeordnete vertreten, da je 1 Deutschnationaler und 1 Landvolkabgeordneter sich der Landtagsfraktion der NSDAP. angeschlossen hatte; die DRPD. war demnach durch 3 und das Landvolk durch 2 Abgeordnete im aufgelösten Landtag vertreten.

An Einzelmandatnennungen liegen vor:

### Ergebnis im Landesteil Lüneburg.

Lüneburg, 17. Mai. Bei den heutigen Wahlen für den oldenburgischen Landtag wurden im Landesteil Lüneburg gewählt (in Klammern die Zahlen der letzten Reichstagswahl):

Sozialdemokraten	6284 (9756)
Zentrum	294 (488)
Deutschnationale	1427 (1509)
Kommunisten	1871 (1724)
Deutsche Volkspartei	861 (2016)
Nationalsozialisten	2656 (7559)
Wirtschaftspartei	114 (478)
Deutsche Staatspartei	431 (1500)
Christlich-Soziale	161 (138)

Die Wahlbeteiligung betrug 88 Prozent.

### Landesteil Birkenfeld.

Birkenfeld, 17. Mai. Bei den Wahlen zum Oldenburgischen Landtag wurden im Landesteil Birkenfeld von 35 777 Wahlberechtigten 23 587 gültige Stimmen abgegeben, das sind 66 Prozent gegenüber 70 Prozent bei den letzten Reichstagswahlen vom 14. September 1930, 180 Stimmen waren ungültig. Von den abgegebenen Stimmen entfielen (in Klammern Vergleichszahlen von den Landtagswahlen

vom 20. Mai 1928 bzw. der Reichstagswahl vom 14. September 1930) auf die

Sozialdemokraten	7119 (5006 bzw. 5365)
Zentrum	3498 (3278 bzw. 3749)
Nationalsozialisten	2092 (3089 bzw. 5945)
Landesblod (D. Sp., D. Sp., Wirt., Christl., Chr.-Nat., Sp., Kont.)	7164 (3883 bzw. 7117)
Kommunisten	2903 (1637 bzw. 1853)
Staatspartei	236 (2011 bzw. 927)
Chr.-Soziale	221
Unabhängige Sozialdemokraten	226

### Stadt Oldenburg.

Oldenburg, 17. Mai. Bei den Landtagswahlen wurden in der Stadt Oldenburg abgegeben: Deutsche Volkspartei 1887 (1082 bei der letzten Reichstagswahl), Soz. 5865 (6778), Deutsche Staatsp. 2632 (3606), Ratios. 10670 (8525), Komm. 3366 (2282), Wirtschaftsp. 956 (1606), Landvolk 98 (935), Christlich-Soz. 668 (691), Zentrum 1307 (1233), Deutschnationale 2452 (1733).

## Kreisstadtwahlen im Freistaat Danzig.

Danzig, 17. Mai. Die heutigen Kreisstadtwahlen im Freistaat Danzig brachten den Nationalsozialisten, die in den bisherigen Kreisstadtwahlen noch nicht vertreten waren, erhebliche Erfolge. Die für sie abgegebenen Stimmen überstiegen diejenigen der letzten Kreisstadtwahlen im November 1930 in den einzelnen Wahlkreisen noch um 20 bis 30 Prozent. Auch die Sozialdemokraten haben einen recht beträchtlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, wogegen die Deutschnationalen aus der Block der nationalen Sammlung schwere Verluste erlitten haben. Auch das Zentrum und die Kommunisten haben ihren bisherigen Stand nicht ganz behaupten können. Die Wahlbeteiligung schwankte zwischen 65 und 85 Prozent. Im einzelnen stellt sich das Ergebnis der Wahl wie folgt: Kreis Danziger Niederstadt: Zentrum 1 Mandat (bisher 1), Block der nationalen Sammlung 2 (1), Nationalsozialisten 4 (0), Kommunisten 3 (3), Deutschnationale 3 (7 und ein Nichter), Sozialdemokraten 7 (7). Kreis Danziger Höhe: Zentrum 4 (5), Block der nationalen Sammlung 1 (2), Nationalsozialisten 5 (0), Kommunisten 2 (2), Deutschnationale 3 (7), Sozialdemokraten 8 (7), Polen 1 (1). Kreis Großes Werder: Zentrum 2 (3), Block der nationalen Sammlung 3 (3), Nationalsozialisten 5 (0), Kommunisten 3 (2), Deutschnationale 3 (7), Sozialdemokraten 8 (9).

## Neuer französischer Vorstoß gegen die Zollunion.

Sie soll auch von politischen Gesichtspunkten aus behandelt werden.

\* Genf. Ein neuer französischer Vorstoß gegen das deutsch-österreichische Zollabkommen ist völlig unerwarteter Weise am Sonntagvormittag erfolgt. Der französische Außenminister hat durch den Generalsekretär des Völkerbundes am Sonntagvormittag sämtlichen Mitgliedern des Völkerbundes eine umfangreiche Denkschrift übermittelt, in der gefordert wird, das deutsch-österreichische Zollabkommen solle im Völkerbundsrat — entgegen dem englischen Votum — nicht nur nach rechtlichen, sondern auch nach politischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten behandelt werden. Die französische Denkschrift, die gegenwärtig Gegenstand eingehender Prüfung der deutschen Abordnung ist, bezieht sich auf die bisher vorgelegene rechtliche Behandlung des Zollabkommens hinaus. Die französische Regierung sucht damit die bevorstehenden Verhandlungen im Völker-

bundsrat und auch die Mitglieder des Völkerbundsrates in französischem Sinne zu beeinflussen.

In der Denkschrift wird die Unabhängigkeit Oesterreichs nach den Bestimmungen der Friedensverträge und des Genfer Protokolls unterstellt und im Gegensatz zu den Bestimmungen des Protokolls über die deutsch-österreichische Zollunion gestellt. Ferner unterteilt die französische Denkschrift dieses Protokoll vom Standpunkt des internationalen Rechtes, ferner die Folgen einer Wirtschaftsunion zwischen Deutschland und Oesterreich für Oesterreich und für die gesamte europäische Wirtschaft, sowie die politischen Vorgänge, die zu dem Abschluß des Abkommens geführt haben und kommt schließlich zu der Feststellung, daß die durch das deutsch-österreichische Zollabkommen beschlossene Tatsache einer Verneinung der entscheidenden Grundätze sei, auf denen gegenwärtig der Friede und die Anerkennung der internationalen Verträge beruht.

hohen Youngplans. Damit muß eine unaufhörliche Bekämpfung des Versailles Diktates und der Kriegsschuldfrage einhergehen.

Dem Reichspräsidenten von Hindenburg gelobt die jungdeutsche Bewegung unverbrüchliche Gefolgschaftstreue. Sie verbindet hiermit den Wunsch, daß Hindenburg der Nation über seine letzte Amtszeit hinaus als Reichspräsident erhalten bleiben möge."

## Generalfreist in der französischen Textilindustrie

Paris, 18. Mai.

Die dem Allgemeinen Arbeiterverband angehörenden Textilarbeiter von Roubaix und Tourcoing haben, nachdem die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über die Lohnfragen gescheitert sind, den Generalfreist beschlossen, der Montag in Kraft treten soll. Von dem Streik werden 120 000 Textilarbeiter betroffen. Es ist jedoch möglich, daß von der Regierung ein letzter Einigungsversuch unternommen wird.